



Stadt: Golßen

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Golßen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input checked="" type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input checked="" type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input checked="" type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input checked="" type="checkbox"/>			beschließend

Beratungsgegenstand: Hauptsatzung der Stadt Golßen

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Paulick - HA	107-2022	28.02.2023

A. Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
die in der Anlage 1 anliegende Hauptsatzung der Stadt Golßen.

Begründung der Beschlussvorlage:

Rechtliche Würdigung

Die Hauptsatzung ist eine Pflichtsatzung (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Brandenburgische Kommunalverfassung (nachfolgend BbgKVerf) und wird von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung beschlossen (§ 28 Abs. 2 Satz 2 BbgKVerf). Sie gilt über die Wahlperiode der Vertretungskörperschaft hinaus und bindet die neu gewählte Vertretung bis zu einer Änderung der Hauptsatzung.

In der Hauptsatzung sind zwei Hauptgruppen zu regeln:

1. Pflichtinhalt - zum Pflichtinhalt gehören u. a. folgende Sachverhalte:

- Regelung der Formen der Einwohnerbeteiligungssatzung (§13 Satz 3 BbgKVerf)
- Regelung der Bekanntmachung von Satzungen (§ 1 Abs. 4 BekanntmV)
- Regelung zur Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung und einer angemessenen Bekanntmachungsfrist (§ 36 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BbgKVerf)

2. zum freiwilligen Inhalt gehören u. a.:

- Regelungen von Abweichungen der Vorschriften des Brandenburgischen

Kommunalwahlgesetzes und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen für die Durchführung eines Bürgerentscheides (§ 15 Abs. 6 BbgKVerf)

- Regelungen der Zuständigkeiten der Entscheidung über Vermögensgegenstände für die Verwaltung und für die Gemeindevertretung (analog § 28 Abs. 2 Nr. 17, Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf)
- Nähere Regelung des Rechts der Gleichstellungsbeauftragten, sich mit abweichenden Auffassungen an die Gemeindevertretung oder zuständigen Ausschüsse zu wenden (§ 18 Abs. 3 BbgKVerf).

Die Hauptsatzung ist der Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.

Aktueller Stand

Die Hauptsatzung der Stadt Golßen vom 22.02.2021 wurde nach erfolgter Bekanntmachung am 15.06.2021 der Kommunalaufsicht schriftlich angezeigt. Zu dieser Eingabe liegt bis heute lediglich die Eingangsbestätigung der Kommunalaufsicht vom 15.06.2021, eingegangen am 23.07.2021, vor.

Zudem wurden von der Verwaltung alle neuen Hauptsatzungen des Jahres 2022 nach Beschlussfassung durch die jeweilige amtsangehörige Gemeinde (aktuell 9 neue Hauptsatzungen Stand 2022) im Frühjahr 2022 an die Kommunalaufsicht zur Prüfung übergeben. Hinsichtlich der Ausführungen des Prüfers gab es zu den eingereichten Hauptsatzungen der Gemeinden offene Fragen. Ein erster Entwurf einer Hauptsatzung der Gemeinde Unterspreewald, welche die dringlich geforderten Änderungen der Kommunalaufsicht berücksichtigte, wurde erstellt und übersandt. Die Kommunalaufsicht gab diesen Entwurf und die darin enthaltenen Anpassungen am 18.08.2022 frei.

In der Hauptsatzung wurden u. a. die Regelungen zur förmlichen Einwohnerbeteiligung gemäß § 13 BbgKVerf, die Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 18a BbgKVerf und die Regelungen der Zuständigkeiten der Entscheidung über Vermögensgegenstände für die Verwaltung gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 17 BbgKVerf den aktuellen Regelungen bzw. Gegebenheiten angepasst.

Im Hauptausschuss und in den Ortsbeiräten wurde bereits über vorgelegte Entwürfe in den Dezembersitzungen diskutiert. Es wurde entschieden, dass die Entwürfe Stand 12/2022 den Fraktionen zur Diskussion zur Verfügung gestellt werden. Aus den Fraktionen GfG und AfD kamen Änderungswünsche, welche in der beigefügten Synopse (Anlage 2) und dem Satzungsentwurf (Anlage 1) berücksichtigt sind. Insbesondere regt die AfD an, dass das Thema Einwohnerbeteiligung als separate Satzung betrachtet wird. Hierzu erbitten wir die Entscheidung des Gremiums im Hinblick auf § 3 Förmliche Einwohnerbeteiligung. Je nach Entscheidung ist die Einwohnerbeteiligungssatzung neu zu fassen oder aufzuheben (entsprechende Beschlussvorlagen liegen Ihnen vor).

Hinsichtlich der Bildung der Ortsbeiräte Zützen und Mahlsdorf erfolgte eine Bitte um Prüfung seitens der UBL. Hierzu sandten wir Ihnen als vertrauliche Information die Ausarbeitung der Kommunalaufsicht per Mail. Die Verwaltung folgt dieser Argumentation.

Änderungen im beigefügten Satzungsentwurf und der Synopse (Anlagen 1 und 2)

Geändert wurden u. a. auf Hinweis der Fraktionen und der Kommunalaufsicht nachfolgende Bestandteile der Satzung:

- §3 Förmliche Einwohnerbeteiligung: Die Beteiligung der Bürger in wichtigen Gemeindeangelegenheiten sollte klarer abgegrenzt zu den Tatbeständen nach §14 und 15 BbgKVerf aufgeführt werden. Somit ist dies nun eigenständig unter §2 Abs. 2 aufgeführt. Zudem sollte die Regelung zum Alter der Teilnehmer (bisher: ab 16) geändert werden auf „themenabhängige Festlegung zum Alter“.
- §3 Förmliche Einwohnerbeteiligung: Je nach Entscheidung ist die Einwohnerbeteiligungssatzung neu zu fassen oder aufzuheben.
- §4 Bildung von Ortsteilen: hier sollte der Bezug zum § 47 BbgKVerf hergestellt

werden. Der Absatz 9 ist zu streichen, weil diese Regelung nicht auf die Ortsteile angewandt werden kann. Ortsteile sind rechtlich unselbstständige Teile der Gemeinde und besitzen somit kein eigenes Vermögen. Auf die Bildung des Ortsbeirates Mahlsdorf könnte für die nächste Legislaturperiode verzichtet werden, da die Befristung gemäß Gebietsänderungsvertrag vom 15.04.1998 abgelaufen ist. (siehe Hinweise der Kommunalaufsicht vom 06.02.2023)

- §5 Einsicht in Beschlussvorlagen: in diesem Paragraphen ist keine Einschränkung auf „Einwohner“ oder „Bürger“ möglich. Es gilt §11 BbgKVerf. Darüber hinaus ist eine Einschränkung des Rechtes der Einsichtnahme bis vor Beginn der Sitzung wohl hinsichtlich des §36 Abs. 4 BbgKVerf problematisch.
- § 7 Abs. 2 Nummer b und c ist eine geteilte Betrachtung der kommunalrechtlichen begrifflich vorgesehenen Grundstücks- und Vermögensgeschäften. Für Grundstücksgeschäfte empfiehlt das Bauamt eine Wertgrenze ab 0 EURO. Bei den Vermögensgeschäften empfiehlt die Verwaltung analog für den Hauptausschuss eine Wertgrenze ab 15.000 EURO (§ 12 Abs. 5) und für die Stadtverordnetenversammlung ab 20.000 EURO. Im § 12 Abs. 5 ist noch zu klären, ob der Hauptausschuss über Grundstücksgeschäfte ab 0 EURO bis zu einem noch festzulegenden Wert entscheidet und die Stadtverordnetenversammlung erst ab einem Wert darüber. Eine entsprechende Anpassung könnte per „Änderung des Wortlautes“ entschieden werden.
- §7 Abs. 2 Nummer b und d Entscheidungen der Gemeindevertretung über Vermögensgegenstände der Gemeinde - Grundstücksgeschäfte. Laut dem Prüfer der Kommunalaufsicht ist hier unbedingt ein Passus „es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.“ zu ergänzen. Da die Zuständigkeit des Amtsdirektors gemäß §54 Abs. 1 Nr. 5 BbgKVerf gegeben sein könnte.
- §9 Abs. 2 Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen: Auch hierzu wurde die themenspezifische Altersbeschränkung empfohlen.
- §12 Seniorenarbeit, Stand 02/2023 lagen zwei Vorschläge zur Regelung seitens der Fraktionen vor. Eine Entscheidung könnte per „Änderung des Wortlautes“ dokumentiert werden.

Die Änderungen der Fraktion GfG sind grün, die der Fraktion AfD blau und die Vorschläge der Verwaltung sind rot im beigefügten Entwurf unter Anlage 1 markiert. Außerdem sind die Änderung in der Synopse der bestehenden Hauptsatzung gegenübergestellt worden.

Die Verwaltung bittet höflichst, die vorgelegte Hauptsatzung im Entwurf der Anlage 1 zu beschließen, da dieser Entwurf dem Grundsatz der Amtsverwaltung entspricht die Satzungen der amtsangehörigen Kommunen mit einheitlicher Struktur zu verwenden und die Hinweise der Kommunalaufsicht bereits berücksichtigt sind.

Die neue Fassung der Hauptsatzung der Stadt Golßen tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 22.02.2021 außer Kraft.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei
dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

Anlage 1: Entwurf Hauptsatzung der Stadt Golßen mit Anlagen Gebiet/ Wappen/ Flagge

Anlage 2: Synopse

B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

☒ Ja ☐ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:

☐ Zustimmung Hauptausschuss

☐ Ablehnung Hauptausschuss

☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

Datum

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:
Herr Neumann - Leiter Hauptamt

C. Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage

Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Zustimmungsempfehlung Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität, Infrastruktur und Schloss der Stadt Golßen:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	--------------	---